

Pressemitteilung

25. Februar 2021

NGG fordert Öffnungsperspektive für Hotels und Gaststätten in Eisenach

Tourismus-Einbruch in Eisenach, Erfurt, Jena und Weimar: Zahl der Gäste halbiert

Corona sorgt für Einbruch im heimischen Tourismus: Die Thüringer Städte Erfurt, Weimar, Eisenach und Jena haben im vergangenen Jahr nur noch rund 749.000 Gäste besucht – etwa halb so viele wie im Vorjahr (minus 48 %). Die Zahl der Übernachtungen sank um 47 Prozent auf 1,4 Millionen. Das teilt die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) mit und beruft sich hierbei auf neueste Zahlen des Statistischen Bundesamtes. „Das Gastgewerbe erlebt eine historisch einmalige Krise, die auch die Beschäftigten mit voller Wucht trifft. Jetzt müssen Bund und Länder endlich einen Plan vorlegen, wie es im März weitergehen soll“, so Jens Löbel, Geschäftsführer der NGG-Region Thüringen. Am 3. März verhandeln Bundeskanzlerin Merkel und die Ministerpräsidenten der Länder über Lockerungen der aktuellen Corona-Maßnahmen. Allein in Eisenach beschäftigt das Hotel- und Gaststättengewerbe laut Arbeitsagentur rund 1.100 Menschen in 110 Betrieben.

„Hotels, Pensionen, Restaurants und Kneipen sind schon seit Anfang November geschlossen. Wenn die Politik jetzt keine Öffnungsperspektive bietet, droht vielen Betrieben das Aus und den Beschäftigten Arbeitslosigkeit“, betont Löbel. Entscheidend seien hierbei einheitliche Auflagen und detaillierte Hygienekonzepte in den Betrieben. Der Hotel- oder Restaurantbesuch dürfe unter keinen Umständen zum Infektionsherd werden. „Die Beschäftigten haben bereits im letzten Sommer gezeigt, dass sie geeignete Hygienekonzepte optimal umsetzen können, um sich zu schützen und den Gästen ein sicheres Restaurantlebnis zu ermöglichen“, so die NGG.

Viele Hotels und Gaststätten könnten auf bewährte Maßnahmen zurückgreifen, um das Infektionsrisiko auf ein Minimum zu reduzieren. Die Firmen müssten neben den Gästen auch das Personal bestmöglich schützen. Dazu gehörten unter anderem kostenlose FFP2-Masken für Beschäftigte und die Einhaltung der vorgeschriebenen Arbeitszeiten.

Zugleich sieht die Gewerkschaft die Politik in der Pflicht, die Einkommenseinbußen der Beschäftigten in Kurzarbeit auszugleichen. „Wer das Gastgewerbe über viele Monate schließt, muss auch die Folgen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedenken. Wir brauchen dringend ein Mindest-Kurzarbeitergeld von 1.200 Euro im Monat“, so Löbel. Selbst wenn Hotels und Gaststätten schrittweise wieder öffnen dürften, sei ein Großteil der Beschäftigten noch monatelang auf das Kurzarbeitergeld angewiesen. Ohne eine Aufstockung kämen die Menschen damit aber nicht länger über die Runden.



Bildunterzeile

Warten auf Gäste: Restaurants, Kneipen und Hotels sind seit Monaten im Lockdown. Die Gewerkschaft NGG fordert von der Politik eine Öffnungsstrategie für die Branche.

Foto (alle Rechte frei): NGG